



## **Postulat Nr. 278 2010/2012**

Eingang Stadtkanzlei: 9. Januar 2012

### **Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenbetreuung**

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, inwiefern die Angestellten der städtischen Verwaltung und der verselbstständigten Unternehmen von der Thematik der Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenbetreuung betroffen sind und welche Massnahmen zur Unterstützung der betroffenen Arbeitnehmenden getroffen werden können. Dabei bitten wir den Stadtrat zu prüfen, ob die vom Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel und Careum F+E vorgeschlagenen Instrumente auf die Stadtverwaltung und die verselbstständigten Betriebe angewendet werden können.

#### **Begründung:**

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine grosse Herausforderung für die Betroffenen. In den letzten Jahren wurden in dieser Hinsicht, vor allem im Bereich der Kinderbetreuung, Fortschritte erzielt. Es besteht jedoch nach wie vor Handlungsbedarf. Angesichts der demografischen Entwicklung wird uns in Zukunft vermehrt auch ein anderes Thema beschäftigen, nämlich die Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege von Angehörigen. In der Schweiz gibt es noch keine gesicherten Zahlen, wie viele der Erwerbstätigen von dieser Thematik betroffen sind. Eine Umfrage bei der Stadt Winterthur und bei Swisscom hat jedoch ergeben, dass rund 10 % aller Mitarbeitenden neben der Berufstätigkeit eine hilfsbedürftige Person im selben Haushalt unterstützen oder Betreuungsaufgaben für Verwandte oder Bekannte in anderen Haushalten übernehmen.

Durch die demografische Entwicklung und die Zunahme von chronischen, psychischen und demenziellen Erkrankungen wird diese Thematik in naher Zukunft an Brisanz gewinnen.

Viele ältere Menschen möchten möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld bleiben, was in den meisten Fällen auch ökonomisch sinnvoll wäre. Ob dies gelingt, hängt im Wesentlichen vom sozialen Umfeld, der Wohnungsinfrastruktur, dem Angebot der Spitex und der Flexibilität der Arbeitgeber ab.

Die nationale und kantonale Politik hat sich dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ verpflichtet und in jüngster Vergangenheit verschiedene Entscheide gefällt, die eine Verlage-

rung in den ambulanten Bereich bewirken. Ich erinnere an die Senkung der Abdeckungsrate (Pflegebett / 1000 >80-Jährige) auf das schweizerische Mittel in der aktuellen Pflegeheimplanung oder die Einführung von Swiss DRG (Fallpauschalen).

Parallel dazu stehen wir bereits inmitten eines akuten Mangels an Pflegepersonal. Dieses Problem wird sich in naher Zukunft ebenfalls noch massiv verschärfen, fehlen doch laut der Obsan-Studie bis ins Jahr 2020 schweizweit 25'000 Pflegefachpersonen.

Um diese Herausforderungen zu lösen, braucht es grosse strukturelle Veränderungen. Eine Möglichkeit in diese Richtung ist die Stärkung der Angehörigen, einerseits durch die Schaffung von Entlastungsangeboten und andererseits durch flexible Arbeitsbedingungen, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenbetreuung ermöglichen.

Auch die DISG nimmt in ihrem letzten Blickpunkt, 04.2011 unter dem Titel „work&care“, diese drängende Thematik auf und verweist dabei auf den „Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“. Dieser präsentierte am 24. 11. 2011, zusammen mit dem Kompetenzzentrum Careum F+E, konkrete Instrumente, damit Unternehmen den Balanceakt ihrer Angestellten zwischen Berufstätigkeit und Angehörigenbetreuung sinnvoll unterstützen können. ([www.familienfreundliche-wirtschaftsregion-basel.ch](http://www.familienfreundliche-wirtschaftsregion-basel.ch); [www.workandcare.ch](http://www.workandcare.ch))

Theres Vinatzer und Melanie Setz  
namens der SP/JUSO-Fraktion